



SIEGFRIED LEHMANN
Mitglied des Landtages von Baden-Württemberg

Siegfried Lehmann, MdL – Jahnstr. 7 – 78315 Radolfzell

bodenseeland
UNITED INNOVATIONS

78315 RADOLFZELL
Jahnstraße 7
Telefon: 07732 - 972443
Telefax: 07732 - 972444
siegfried.lehmann@web.de
www.siegfried-lehmann.de

An die Redaktion

Büro:
Charlotte Biskup
Rheingasse 8
78462 Konstanz
Telefon: 07531 - 2842620
Telefax: 07531 - 2842621

Öffnungszeiten:
Montag, Mittwoch – Freitag
9.00Uhr – 12.00Uhr

Konstanz, 09.10.2012

Pressemitteilung: „Lehmann begrüßt Forderung der Landesregierung nach Fracking-Moratorium!“

Der Konstanzer Landtagsabgeordnete Siegfried Lehmann begrüßt die Ablehnung der Landesregierung von Fracking-Vorhaben in Baden-Württemberg und deren Forderung an die Bundesregierung, ein bundesweites Moratorium für Fracking-Vorhaben zu verhängen. „In der Stellungnahme auf meinen Antrag hat die Landesregierung sich klar gegen jegliche Fracking-Vorhaben in Trinkwasserschutzgebieten wie der Bodenseeregion positioniert. Auch hat die Landesregierung deutlich gemacht, dass notfalls nach bestehendem Recht Anträge auf Bohrungen abgelehnt werden können!“

In einem Antrag hatte der grüne Abgeordnete Siegfried Lehmann die Landesregierung um klare Worte bei der Ablehnung von Fracking-Vorhaben, insbesondere im Trinkwasserschutzgebiet der Bodenseeregion gebeten. Nun hat der Konstanzer Landtagsabgeordnete Unterstützung aus Stuttgart erhalten: „Ich bin sehr erfreut, dass die Landesregierung jegliche Form von Fracking-Vorhaben zum heutigen Zeitpunkt klar ablehnt und die Bundesregierung zu einem bundesweiten Moratorium auffordert!“

In ihrer Stellungnahme auf Lehmanns Antrag macht die Landesregierung deutlich, dass sie nicht nur die Auffassung des Bundesumweltministers teilt, wonach in Trinkwasserschutzgebieten keine Gewinnung von unkonventionellen Erdgasvorkommen vorgenommen werden dürfe. Weitergehend fordert die Landesregierung, „dass auch außerhalb von Trinkwasserschutzgebieten keine Bohrungen stattfinden dürfen, solange es keine gesicherten Kenntnisse über die Risiken der Technologie gibt, da eine Gefährdung des Grundwassers nicht ausgeschlossen werden kann.“

„Die Landesregierung erteilt damit der Forderung des EU-Energiekommissars Oettinger, Deutschland solle in großem Stil in die Förderung unkonventioneller Erdgasvorkommen einsteigen, eine klare Absage und hält eine derartige Forderung für haltlos.“, so Lehmann weiter.

Die Landesregierung unterstützt damit die kritischen Positionen sowohl der Internationalen Gewässerschutzkommission als auch der Internationalen Bodenseekonferenz, welche ebenfalls zu der Auffassung gekommen waren, Fracking sei nicht vereinbar mit dem Schutz der Trinkwassergewinnung sowie dem Gewässerschutz. „Auch unsere Nachbarländer sehen die Fracking-Methode sehr kritisch, Österreich hat bereits eine Änderung des Umweltverträglichkeitsgesetzes herbeigeführt, so dass künftig Probe- und Erkundungsbohrungen ebenso wie Gewinnungstätigkeiten auf ihre Umweltverträglichkeit geprüft werden müssen“, führt Lehmann aus.

Auch wenn bereits nach derzeit geltendem Recht ein Antrag auf Erkundungs- oder Gewinnungsbohrungen abgelehnt werden könnte, hofft Lehmann auf die Unterstützung für ein bundesweites Moratorium seiner Kollegen in Berlin. „Ein Moratorium in Berlin hätte eine klare Signalwirkung, dass gemeinsam an einem Strang gezogen wird und Fracking-Vorhaben beim derzeitigen Erkenntnisstand über einhergehende Risiken keine Chance auf Genehmigung und Realisierung haben werden!“